



Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 80/017/2021 Status: öffentlich AZ: Datum: 05.05.2021 Verfasser: Amt 80 Anja Wingen
Federführend: Amt für Strukturwandel und Wirtschaftsförderung	
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Erkelenz vom 28.04.2021: Überprüfung der Anpassung der Preissteigerungen im Bausektor an die derzeitigen Entschädigungszahlungen für Umsiedler	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
17.05.2021	Ausschuss für Braunkohle, Strukturwandel und LandFolge
27.05.2021	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Erkelenz hat mit Datum vom 28.04.2021 zur Beschlussfassung im Ausschuss für Braunkohle, Strukturwandel und LandFolge den als Anlage beigefügten Antrag gestellt.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):

„Die Verwaltung der Stadt Erkelenz überprüft die derzeitigen Steigerungen im Bausektor und stellt transparent fest, ob diese Preissteigerungen in den Entschädigungszahlungen für Erkelenzer Umsiedler, die diese Preissteigerungen ausgleichen müssen, berücksichtigt wurden. Wenn im Ergebnis festgestellt wird, dass diese Preissteigerungen nicht in den Entschädigungssummen enthalten sind, bringt die Stadt diese Differenzen in die regelmäßigen Gespräche mit RWE, der Bezirksregierung Köln und der Landesregierung NRW ein und fordert entsprechende Nachzahlungen. Bei bereits abgeschlossenen Verträgen sollte dies dann grundsätzlich mit eingerechnet werden.“

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlage:

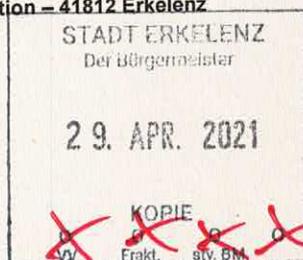
Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Rat der Stadt Erkelenz vom 28.04.2021



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ratsfraktion – 41812 Erkelenz

Herrn Bürgermeister
Stephan Muckel
Johannismarkt

41812 Erkelenz



1. EINGANG	29.4.2021
2. AMT 10 zur Erfassung	29.4.21 eef
3. Dezernent zur Bearbeitung	I/TE

Erkelenz, den 28.04.2021

Überprüfung der Anpassung der Preissteigerungen im Bausektor an die derzeitigen Entschädigungszahlungen für Umsiedler

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Muckel,

sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Merkens,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Erkelenz stellt folgenden Antrag zur Beschlussfassung in der Sitzung des Ausschusses für Braunkohle, Strukturwandel und LandFolge:

„Der Ausschuss beschließt: Die Verwaltung der Stadt Erkelenz überprüft die derzeitigen Steigerungen im Bausektor und stellt transparent fest, ob diese Preissteigerungen in den Entschädigungszahlungen für Erkelenzer Umsiedler, die diese Preissteigerungen ausgleichen müssen, berücksichtigt wurden. Wenn im Ergebnis festgestellt wird, dass diese Preissteigerungen nicht in den Entschädigungssummen enthalten sind, bringt die Stadt Erkelenz diese Differenzen in die regelmäßigen Gespräche mit RWE, der Bezirksregierung Köln und der Landesregierung NRW ein und fordert entsprechende Nachzahlungen. Bei bereits abgeschlossenen Verträgen kann dies einzelfallbezogen geschehen, bei noch abzuschließenden Verträgen sollte dies dann grundsätzlich eingerechnet werden.“

Begründung

Die Materialkosten im Baubereich steigen in den letzten Wochen exorbitant an. So werden für den Holzsektor Preissteigerungen um 45 %, und für viele andere Bereiche, wie z. B. Kunststoffrohre, Dämmmaterial, Elektroleitungen und Beton, werden ebenfalls starke Preissteigerungen gemeldet. Da auch die Handwerksbetriebe in diesem Fall ihre Verträge nicht mehr auskömmlich einhalten können, werden Bauherren vielfach diese Zusatzkosten in Rechnung gestellt. Die Preissteigerungen liegen dann insgesamt im fünfstelligen Bereich.

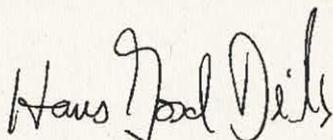
Die jährlichen Anpassungen an den Baupreisindex, die RWE durchführt, werden diesen Preissteigerungen bislang nicht gerecht. Auch konnten diese Preissteigerungen nicht in den Verträgen zu den Häusern berücksichtigt werden, die sich gerade im Bau befinden.

Es ist aber nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht sozialverträglich, das Risiko dieser vom Land NRW gewünschten Bautätigkeit allein auf dem Rücken der Umsiedler abzuladen und diese nun in finanzielle Schwierigkeiten zu bringen.

So ist es nun Aufgabe und Pflicht des Rates der Stadt Erkelenz, die Verwaltung zu beauftragen, diesen Missstand zu Lasten der Erkelenzer Umsiedler abzuändern und in Gesprächen mit dem Bergbautreibenden Nachbesserungen zu erreichen, mit denen die Preissteigerungen der letzten Wochen und Monate aufgefangen werden.

Entsprechende Daten dürften der Stadt durch eigene Projekte, aber auch durch Abfragen hiesiger Baufirmen und Architekten, zugänglich sein.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Josef Dederichs
Fraktionsvorsitzender



Beate Schirrmeister-Heinen
Stellv. Fraktionsvorsitzende